

: Engagiert für Nachhaltigkeit – die Klimakrise ernst nehmen

Die Art und Weise, wie wir leben und wirtschaften, wirkt sich bereits negativ auf viele Menschen aus und bedroht grundsätzlich die Lebensgrundlagen heranwachsender und zukünftiger Generationen. Die sich zuspitzende Klimakrise mit einhergehender Erderwärmung, das voranschreitende Artensterben und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sind einige der zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels und der Zustand unserer Umwelt beschäftigen und belasten junge Menschen stark. Das lässt auch die Studie „Zukunft? Jugend fragen! – 2021“ eindrücklich erkennen. Vor allem Kinder und Jugendliche haben zukünftig mit den Folgen der Klimakrise zu kämpfen. Zugleich können sie ihrer Stimme durch Wahlen keinen Ausdruck verleihen und sind den Entscheidungen der älteren Generationen somit weitgehend ausgeliefert.

Jungen Menschen ist es gelungen, die Themen Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit in den Fokus der Gesellschaft zu rücken. Dies geschah unter anderem durch Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams. Zukünftig muss es darum gehen, die Perspektiven und Bedürfnisse von jungen Menschen umfassender demokratisch zu berücksichtigen. Ihre Interessen müssen in den Aushandlungsprozessen um die Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Sie dürfen nicht leichtfertig hinter vermeintliche ökonomische Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten der heute Erwachsenen zurückgestellt werden.

Es bedarf großer politischer Kraftanstrengungen und eines echten politischen Willens, eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle Menschen im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen zu verwirklichen. Das Land Hessen hat im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie und des Integrierten Klimaschutzplanes (IKSP) erste Schritte in diese Richtung unternommen. Um die dramatischen Folgen des menschengemachten Klimawandels abzumildern, bedarf es eines ambitionierten Vorgehens.

Die Landesregierung muss beim sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu gehört eine Mobilitätswende zu einem gut ausgebauten und kostengünstigen Nahverkehr sowie eine Infrastruktur, die die Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel für alle einfach und attraktiv macht. Ferner gilt es, den Umweltschutz voranzubringen, auf nachhaltige Energiequellen zu setzen und ökologische Landwirtschaft zu fördern. Diese Themen sind für junge Menschen von großer Bedeutung.

Die zentrale Verantwortung für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft kommt jenen Akteuren zu, die die notwendigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen prägen. Die Kosten dieses Umbaus dürfen nicht unverhältnismäßig auf die Bürger_innen übertragen werden. Bildung kann einen sinnvollen Beitrag dazu leisten, Bürger_innen mit den für eine nachhaltige Lebensweise notwendigen Kompetenzen und dem Wissen auszustatten. Das Land Hessen trägt dieser Tatsache mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie und der Etablierung des Themas Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bereits Rechnung. Diese Entwicklungen gilt es zu festigen, kritisch zu reflektieren sowie personell, finanziell und organisatorisch stärker zu verankern – insbesondere im Kontext der non-formalen Bildungssysteme und -prozesse.

Viele junge Menschen besitzen eine starke Sensibilität und fundierte Kenntnisse der sozial-ökologischen Herausforderungen. In aller Regel sind es die Erwachsenen, die das notwendige Bewusstsein vermissen lassen. Sie sollten als Teil von bildungspolitischen Überlegungen adressiert werden.

Den Einsatz junger Menschen für eine nachhaltige Gesellschaft gilt es politisch zu unterstützen, zu fördern und wertzuschätzen. Denn hier entstehen die Ideen für die Zukunft, die es für die Politik umzusetzen gilt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene benötigen hierzu nicht zuletzt ausreichend unverzweckte räumliche und zeitliche Freiräume, um sich selbstbestimmt und partizipativ mit dem Themenkomplex Nachhaltigkeit auseinandersetzen zu können. Der Bereich der non-formalen Bildung der Jugendarbeit bietet mit seinen inhärenten Freiräumen hierbei besondere Chancen und Möglichkeiten. Die Nutzung dieser Räume sollte für junge Menschen politisch so einfach und unbürokratisch wie möglich sein.

: Forderungen



Interessen junger Menschen bei allen Entscheidungen zur Nachhaltigkeit verbindlich berücksichtigen

Politisch wird heute vieles verhandelt und entschieden, was sich auf die Zukunft junger Menschen auswirken wird. Die Stimme junger Menschen muss auf allen Ebenen des politischen Prozesses hörbar sein und wahrgenommen werden. Politische Entscheider_innen müssen die Interessen der jüngeren Generation besonders und verbindlich berücksichtigen. Dafür bedarf es der Beteiligung der jungen Menschen selbst. Diese sind daher durch innovative demokratische Aktions- und Beteiligungsstrukturen direkt und umfassend in die demokratischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir sind dafür, medial die Klimapolitik und nicht junge Aktivist_innen zu problematisieren. Legitime Formen des Protests dürfen nicht kriminalisiert werden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und weiterentwickeln

Bildung für nachhaltige Entwicklung muss als Leitprinzip in allen Bereichen des Bildungssystems fest verankert werden. Für Hessen gilt es eine umfassende Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung des Konzepts Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Mit dieser Strategie muss insbesondere die Ausweitung qualitativ hochwertiger Angebote und Maßnahmen und deren regelmäßige Evaluation verbunden sein. Ferner ist die weitere Professionalisierung von Fachkräften zu unterstützen und die Stärkung von BNE-Netzwerken zu fördern. Hierfür sind insbesondere die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen.

Nachhaltigkeitsprinzipien konsequent umsetzen

Bestehende und zukünftige Gesetze und Regelungen müssen konsequent auf Nachhaltigkeitsprinzipien ausgerichtet werden, um eine klimagerechte Gesellschaft zu ermöglichen. Hierzu bedarf es nicht zuletzt eines Umdenkens, was die Bereitstellung und Förderung von Leistungen angeht. Bei der Ausgestaltung von Beschaffungs- und Förderrichtlinien darf nicht alleine die Wirtschaftlichkeit entscheidend sein. Nachhaltigkeitskriterien muss ein besonderes Gewicht zukommen. Ferner sollte beispielsweise die Verpflegung mit nachhaltigen Produkten an (Hoch-)Schulen stärker gefördert und sichergestellt werden, so dass diese für alle erschwinglich sind.

Lebensumfelder junger Menschen nachhaltiger gestalten

Unsere Städte müssen klimafreundlicher werden. Der Schutz und Ausbau nachhaltiger (Grün-)Flächen ist zu fördern und Kindern und Jugendlichen der Zugang zu naturnahen Räumen zu ermöglichen. Versiegelungsvorhaben sind kritisch zu prüfen und weitgehend einzuschränken. Der öffentliche Nahverkehr sollte als klimafreundlichere Alternative möglichst kostenfrei und attraktiv sein. Für städtische Räume und ländliche Regionen sind hierbei jeweils eigene, passende Mobilitätslösungen zu finden, die den Herausforderungen vor Ort Rechnung tragen. Mit Blick auf Bahnhöfe und Verkehrsmittel ist für eine Taktung und Ausstattung zu sorgen, die der Lebensrealität junger Menschen Rechnung trägt – u. a. durch Nachtbusangebote und eine flächendeckende attraktive und kostenfreie WLAN-Verfügbarkeit. Sichere und gut ausgebaute Radwege sind zu fördern.